

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 5. März 1982

Blatt 620

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Städtebund: Krankenversicherung auch für "Pflegefälle"
(rosa) Gemeinwirtschaft tagt im Mai in Wien
Gratz: Altes AKH-Gelände wird größtes Stadterneuerungs-
gebiet

Lokal: Splittbeseitigung voll angelaufen
(orange)

Nur
Über FS: 5.3. Früherer Stadtbahn-Betriebsbeginn
Neue Verkehrsampel
Gratz im Rundfunk

Städtebund: Krankenversicherung auch für "Pflegefälle"

=++++

1 #Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) Die Versorgung alter Menschen, die einer Anstaltspflege bedürfen, bedeutet für Österreichs Städte und Gemeinden eine große finanzielle Belastung, da die Kosten für sogenannte "Pflegefälle" ohne ärztlicher Behandlung von der Krankenversicherung nicht getragen wird. Der österreichische Städtebund hat aus diesem Grund Sozialminister Alfred DALLINGER ersucht, in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger eine Möglichkeit zu suchen, diese Einschränkungen der Krankenversicherung zu beseitigen. #

Die Bestimmung gemäß § 144 ASVG, daß die Pflege in einer Krankenanstalt nicht gewährt wird, wenn sie nicht durch die Notwendigkeit einer ärztlichen Behandlung bedingt ist, betrifft vor allem ältere Patienten. Sie bedeutet entweder eine soziale Härte für den Patienten, der nun auf eigene Kosten in der Krankenanstalt liegt, oder eine finanzielle Belastung der Krankenanstaltsträger - der Städte und Gemeinden - wenn der Patient nicht zahlungsfähig ist. Zudem stellt die Abgrenzung zwischen ärztlicher Behandlung und Pflege oft eine Streiffrage dar, über die es verschiedene Auffassungen gibt.

Eine weitere Einschränkung findet sich im § 124 ASVG, wonach ein Pensionist in einer Anstalt der Sozialhilfe, auch bei ärztlicher Hilfe, keinen Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung hat. Auch das bedeutet für die betroffenen Sozialhilfeeinrichtungen bedeutende finanzielle Belastungen.

In einem Brief an Sozialminister Dallinger hat der Städtebund deshalb zu einem Gespräch zwischen Vertretern der Bundesländer, des Städtebundes, des Gemeindebundes und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger aufgerufen, um diese Einschränkungen soweit wie möglich zu beseitigen. (Schluß) roh/bs

NNNN

Gemeinwirtschaft tagt im Mai in Wien

=++++

2 #Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) Mehr als tausend Delegierte aus 30 Ländern aller Erdteile werden beim "14. Internationalen Kongreß der Gemeinwirtschaft" in der Wiener Hofburg vom 24. bis 26. Mai zusammentreffen, um über Probleme der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung zu beraten. Leitthema des Kongresses, auf dem Regierungsvertreter aus Frankreich, Belgien und Österreich sowie Wissenschaftler, Gewerkschafter und Genossenschaftler Referate halten werden, lautet "Gemeinwirtschaft und öffentliche Wirtschaft - Sicherung des gesellschaftlichen Fortschrittes".#

Internationale Kongresse der Gemeinwirtschaft finden alle zwei Jahre statt. Der letzte war 1980 in Lissabon. Organisiert wird der Kongreß von der "Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinschaft", deren Präsident Stadtrat Franz NEKULA seit 1971 ist. Die "Arge" ist der Dachverband jener Unternehmungen, die im Besitz des Bundes, der Länder oder von Gemeinden stehen. Insgesamt bilden diese Unternehmen die Basis der Gesamtwirtschaft nicht nur Österreich, sondern in allen Industriestaaten. Auch in Entwicklungsländern werden die Vorteile der öffentlichen Wirtschaft als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung erkannt und eingesetzt.

Es werden daher neben Delegierten aus den Industriestaaten eine Reihe von Delegierten von gemeinwirtschaftlichen Organisationen aus Entwicklungsländern am Kongreß in Wien teilnehmen. (Schluß) en/ap

NNNN

Splittbeseitigung voll angelaufen

=++++

5 Wien, 5.3. (RK-LOKAL) Als hoffentlich letzte Erinnerung an den heurigen Winter mit seiner Rekord-Schneehöhe von 122 Zentimeter liegen noch große Mengen von Streusplitt in den Straßen und Gassen. Die Beseitigung dieses Materials ist bereits voll angelaufen.

Nicht weniger als 53.368 Tonnen Splitt wurden, wie Stadtrat Josef VELETA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, auf die Wiener Verkehrsflächen gebracht, um Glatteis und Schneeglätte zu bekämpfen. Derzeit hat die MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) 30 Kehrmaschinen und das ganze verfügbare Personal aufgeboden, um den Streuriesel einzukehren und abzutransportieren. Die Reinigungsarbeiten werden entsprechend den Witterungsverhältnissen zügig fortgesetzt.

An die Wiener Hauswarte richtet Stadtrat Veleta nochmals das Ersuchen, den Streusplitt von den Gehsteigen vor ihren Objekten zu entfernen - im Interesse der Fußgänger und zur Wahrung des sauberen Stadtbildes. (Schluß) we/bs

NNNN

Gratz: Altes AKH-Gelände wird größtes Stadterneuerungsgebiet

=++++

7 #Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) "Was mit dem Gelände des alten AKH geschieht, muß man in nächster Zukunft diskutieren und klären, nicht erst dann, wenn die Baumaschinen auffahren", erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ am Freitag in einem ORF-Interview. "Ich bemühe mich deshalb darum, daß bereits im kommenden Herbst ein Wettbewerb für die Gestaltung dieses Gebietes ausgeschrieben wird. Voraussetzung dafür ist allerdings ein Einvernehmen mit der Bundesregierung und den Universitäten".#

Gratz sprach sich für eine gemischte Nutzung des Gebietes aus. "Das AKH-Gelände ist 270 Hektar groß. Es ist also das größte Stadterneuerungsgebiet, das es jemals gegeben hat und wohl auch in Zukunft geben wird. Es wäre schlecht für die Stadt, dieses große Gelände einseitig zu nutzen, also nur Wohnungen oder nur Büros und Geschäfte oder nur Universitätseinrichtungen dort zu bauen. Wir brauchen die Vermischung solcher Bauten und dazu Grünflächen, Galerien und vielleicht eine kleine Bühne".

Er habe die Debatte über dieses Thema jetzt "angezündet", damit genügend Zeit für gründliche Überlegungen ist, sagte Gratz. "Wenn wir heuer noch mit dem Wettbewerb beginnen, dann haben wir sechs bis sieben Jahre Zeit für die Planung. Ich hoffe, daß bis zum Sommer Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsministerium und den Universitäten über die Grundsätze der Flächenaufteilung erzielt wird und dann die Wettbewerbsunterlagen zusammengestellt werden können. Bei den Verhandlungen muß der Bund auch klarstellen, welches Bauvolumen er in fünf bis zehn Jahren bewältigen kann, denn die Gestaltung des Geländes soll zügig erfolgen. Es soll nicht jahrzehntelang eine Baustelle sein. Ich hoffe, daß sich am Wettbewerb sehr viele Architekten beteiligen, denn für dieses große Projekt brauchen wir die brilliantesten Köpfe. Und die vorgesehene Zeit reicht auch, um die ganze Thematik öffentlich zur Diskussion zu stellen. (Schluß) sti/bs